

Volks-Zeitung

Der klatschende Kronprinz.

Von dem auffallenden Benehmen des Kronprinzen in der gestrigen Sitzung des Reichstages mußte man Notiz nehmen. Dies Benehmen gehört zur Zeitgeschichte. Man dürfte es nicht ignorieren. Ein Thronfolger, der demonstrativ Stellung nimmt gegen den ersten Beamten des Reiches, den ersten Vertrauensmann seines Vaters — das ist immerhin eine Erschütterung, die gerechtes Staunen erregen muß. Ein Thronfolger, der die Abfassung des ersten Vertrauensmannes seines Vaters durch den Führer der Regierungsmehrheit in dem Zeichen entpöbelnster Zustimmung begrüßt — das ist sozusagen eine „Nummer“! (Sonn! wird, wenn jemand in die Hände klatscht, vom Präsidenten mit der Klammers der Galerie gerührt.) Einige „nationale“ Blätter sind ob der noch nicht dagewesenen Durchbrechung der sonst landesüblichen Kronprinzenerschaltung ganz aus dem Häuschen. — „Der Kronprinz fällt in die Hände der Revolution“, lautet ein Artikel in dem „Nationalen“. „Der Kronprinz ist ein Organ der nationalen Revolutionspolitik. Und ein Organ der fortschrittlichen Politik verfehlt sich freudig erregt zu der Bemerkung:

„Hat doch auch Herr v. Bethmann Hollweg oft genug betont, daß der Parlamentarismus vom Leben und hierzulande Gott sei Dank nicht abzuhängen ist. Aber mehr als die ganze Volksvertretung wiegt trotz seiner Jugend der Kronprinz.“

Wie erwartet man alles Heil von diesem jungen Herrn, da der deutsche Reichstag nicht einmal das Recht hat, das Maroffaabkommen abzulehnen? Man hat aus dem Umfange, daß gestern der Reichskanzler zur Abendstunde beim Kaiser eine Einladung erhalten hatte, geschlossen, daß er noch wie vor das volle Vertrauen seines Gebieters habe. Allein auch der Kronprinz war zu dieser Abendstunde geladen, obwohl er sich gestern öffentlich, öffentlich und demonstrativ als Gegner der auswärtigen Politik seines Vaters und des Reichskanzlers bekannt hat. Für das Verhalten aber nicht bloß einer Kaiserlicher Person, sondern auch der gesamten Monarchie ist das Benehmen des klatschenden Kronprinzen ob solcher Größe, wenn man dabei außer acht läßt, in welcher Weise die Konventionen dabei ihre Hand ins Spiel gesetzt und die Karten gemischt haben. Anmerkungen darüber haben wir bereits in unserem heutigen Morgenblatt gemacht. Werden wir denselben:

Der angeordnete König von Preußen, Herr v. Seydewitz, ist mit dem Reichskanzler unzufrieden. Die Ergebenheitsversicherungen, die der Reichskanzler bei der Teuerungsbekanntgabe von sich gegeben, genügen Herrn v. Seydewitz nicht. Der Reichskanzler ist ihm und den schmerzhaften Großindustriellen die zugünstige Wahlparole lieblich geblieben. Nicht einmal ein lumpiges Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie hat der Reichskanzler versprochen, obwohl die Sozialdemokratie anfängt, der Landbevölkerung in verhängnisvoller Weise die Augen über ihre agrarischen Bedürfnisse zu öffnen. Ergo: die Lage des Reichskanzlers ist gefährlich, und der furor temerarius, die deutsche Welt gegen den äußeren und gegen den inneren Feind muß noch schmerzlicher einwirken und fruchtbarer werden. Gleichwohl muß man konstatieren, daß so tun, als läge die Entscheidung dieser nationalen Wut im dynamischen Interesse. Wie aber kommt — so kalkulieren die dynamischen Diplomaten — dieser „nationalen“ Sache ein besserer Stempel aufgedrückt werden, als wenn wir „an die Spitze der Bewegung“ den deutschen Kronprinzen stellen können? Daher mußte in der vorigen Woche der Kronprinz in Lauscha von Herrn v. Oldenburg-Jaunshau gegen den Reichskanzler schärf gemacht werden. Daß der Kronprinz alsdann gestern im Reichstage seine Lebereinstimmung mit dem „ungefährlichen König“ von Preußen durch oft wiederholtes Händeklatschen und seine Abneigung gegen die „rote Flut“ durch enorm abweichende Gesten bei der Rede Bebel's vor aller Welt bekundete, das war der große „Triumph“ der Herren v. Seydewitz und v. Oldenburg-Jaunshau. ... Es war, um es kurz zu machen, eine neue, aber gemäß den veränderten Zeitverhältnissen und gemäß der höheren Geschicklichkeit der gegenwärtigen konventionellen Parteiführer eine verbesserte Auflage der berühmten Waidersfelderversammlung. (Man verlangt heutzutage eine großartigerer Aufmachung.)

Damals veränderten die plumpen Mäcker Waldersee und Sieder den zukünftigen Thronfolger, den Prinzen Wilhelm, in ihre Kreise zu ziehen gegen seinen Großvater und Vater; heute unternehmen es die Seydewitz und Oldenburg, den Kronprinzen vor ihren Wangen zu spannen. Die gefährlichere Hand wird ihnen niemand abstreifen. Die Waldersee und Sieder hatten es nicht so weit gebracht, daß ihr „kommender Mann“, der Prinz Wilhelm, in den Reichstag kam und eine Bismardische Rede mit mißbilligendem Kopfschütteln, die Rede eines Bismardgegners mit Händeklatschen begleitete. Ob jetzt nicht schon irgend jemand einen „Schweizerjungenbrief“ nach Städel'schem Muster geschrieben hat, wer will es wissen?

Mühsig und mühsamer Beurteiler der politischen Lage werden es unter allen Umständen äußerst bedenklich,

Kurze Chronik.

Graf Pasadowitsch hat die „bürgerliche Reichstagslandbahn“ in Bielefeld endgültig angenommen.

Der Student Sieghart, der am 12. April 1908 den galizischen Statthalter Grafen Potocki ermordet hatte, ist in der vergangenen Nacht aus dem Gefängnis in Stanislaw entflohen und durch einen Schuß in den Kopf durch den Stanz verurteilt und dann zu zwanjg Jahren Kerker begnadigt worden.

Der „Pester Abend“ benennt die von einem Teile der Presse verbreitete Meldung von der Entsendung der italienischen Kriegslotte ins Ägäische Meer.

Die russische Reichsдума begann heute in Gegenwart des Ministerpräsidenten die Beratung der Vorlage über die Einverleibung zweier Kirgizlande des Welikoburger Gouvernements in das Petersburger Gouvernment.

Bei Tunis wurden gestern drei norwegische Matrosen von dem Schiff „Albona“ aus Bergen, die in einem Auftrage waren, durch dortige Gendarmen festgenommen. Ein Matrose wurde einen Schuß in den Kopf verriekt, die beiden anderen kamen mit leichten Verletzungen davon. Der Matrose wurde schwer verriekt.

In Rankin verlusten die Aufständischen, das Jamen des Generalgouverneurs zu überumpeln, sie wurden aber von treugebliebenen kaiserlichen Truppen zurückgenommen.

ja gefährlich finden, daß der Thronfolger derartig in die Politik eingreift. Der geistlich hervorgekehrte Beifall des Kronprinzen bei allen Stellen der Heidebrandischen Rede, die sich gegen Frankreich und England richteten, kann sehr leicht die diplomatischen Zirkel stören. Ein Bismarck hätte in solchem Falle mit der ganzen Autorität seiner Persönlichkeit den Kronprinzen und dem Monarchen die Frage vorgelegt: Wäre ich die auswärtige Politik oberhaupt für den Thronfolger?

Allerdings — Bethmann Hollweg ist nicht der Schatten eines Schalkens von Schalkens — eines Bismarck. Aber wenigstens ist ein Kronprinz, er sei es alt oder so jung, wie er will, er sei in die politischen Geschäfte so viel oder so wenig eingeweiht, wie er will, ebenso wenig ist ein Kronprinz dazu da, durch Händeklatschen oder Kopfschütteln seine persönlichen Anmerkungen vor aller Welt zu dokumentieren oder einem konventionellen Parteiführer bei der Durchführung seiner Parteilaktion die dynamischen Weichen zu erteilen.

Das Echo in Frankreich und England.

(Privat-Telegramme.)

Paris, 10. November. Die französische Presse ist im allgemeinen der Reichskanzlerrede sehr günstig gesinnt, bemerkt aber mit einiger Lebhaftigkeit die Haltung des Kronprinzen und die des Herrn v. Seydewitz. „Seydewitz“ schreibt: Das Uebelriechende verdringt in der Tat diesen Mann gerührt, weil es de facto alle Welt gegen sich und niemand für sich hat. Raum ist der Betrug verdrängt gewesen, so wandle sich die öffentliche Meinung auf beiden Seiten der Grenze gegen diesen. Der „Gautier“ sagt: Die Schluß, die wie aus der gestrigen Teuerungsbekanntgabe und der auf heute beginnenden Teuerungsbekanntgabe des Kronprinzen zu sehen sind, daß wir mehr als jemals unsere Kräfte auf dem Kriegsfuß halten müssen und alle Anstrengungen und alle Besorgnisse dahin geben müssen, unsere Arme und Marine auf dem Stande zu erhalten, daß wir für jede Eventualität gerüstet sind.“

London, 10. November. Die englischen Morgenblätter widmen der Reichskanzlerrede nur wenige Kommentare, weil der Reichstagsbericht erst gegen Abend in London eintraf. Der offizielle „Daily Chronicle“ bringt nur wenige Worte, sagt aber nichts über die Angriffe des Reichskanzlers auf Lloyd George. Die „Times“ sind wenig antrieben und lassen: „Es ist tief bedauerlich, daß während unser Minister unsere auswärtigen Angelegenheiten in einem so freundlichen Sinne diskutierte, der Reichstag einen so schärfen Angriff gegen unser Land applaudierte. Man muß natürlich mit dem Unfange rechnen, daß die außerordentlichen Gesinnungen, die man in Deutschland an die Entsendung des „Panther“ nach Madrid knüpfte, durch den Vorfall des Maroffa- und Songo-Abkommens stark entzündet worden sind. Die Rede des Herrn v. Seydewitz und der gefühllos, mit dem sie aufgenommen wurde, sind sehr bemerkenswerte Symptome, die uns wieder einmal beunruhigen, weil notwendig es ist, daß wir uns für alle Eventualitäten bereit halten.“ „Daily Graphic“ schreibt: „Wir bedauern sehr, daß Herr v. Bethmann Hollweg es für notwendig gehalten hat, auf den Zwischenfall mit Lloyd George zurückzukommen. Haben wir nicht bei verschiedenen Gelegenheiten bemerkt, daß für uns das Betrugene ist, und daß wir nicht mehr davon sprechen wollen? Diese Rede hat demnach den Reichstag in uns so weniger angenehm für uns, als er für sich Sir Edward Grey den Friedensweg entgegengehielt.“

Ein gutes Wort von Baasche. In Frankfurt a. M. war am Montag abend Herr Baasche von dem National-liberalen Verein zu einem Vortrage über die politische Lage berufen worden. Herr Geheimrat Baasche führte dabei unter anderem aus, die Konventionen hätten in unser „Nationales Interesse“ die neuen Steuern aus anderer Welt zu ziehen vermilligt. Schade, daß die National-liberalen nicht schon früher so verständig gesprochen und danach

gehandelt haben. Nach Baasche sprach Landrichter Lang, der, ebenso treffend wie Baasche, erklärte: „Ich klage die Konventionen des strafbaren Eigenmutes an, vertritt zum Nachteile der deutschen Nation, da es sich um keine handelt, die es nicht nötig hatten, so bitte ich die Herren Geschworenen, ihnen mildernde Umstände zu verlesen!“ — Das war ein gutes Wort! Man merke es sich für die Wahltagung zur Zeremonierung des schwarzblauen Mords!

Der zweite Tag.

Wer heute um die Eröffnungssunde des Sitzungssaal des Reichstages betrat, erlebte eine enttäuschende Beobachtung: Anstelle der getriebenen Hölle im Saale unter gähnender Decke, die Zuhörer nicht „ausbreiten“, in der Folge sein Herz. Alle die Berichte gingen über den Kronprinzen um. Er sollte auf höheren Befehl seinen Klatsch abgeben haben und nach dem gestrigen Diner in Potsdam nach Wang zurückgekehrt sein; man munkelte sogar von Verhinderung einer Strafe aus Anlaß seiner gestrigen Kundgebung gegen den Reichskanzler. (1)

Und so hatte Herr Wiemer, der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei, das geschäftliche Vergleichen, seine Rede vor ziemlich leeren Reihen zu begeben. Er hat dafür insofern einen Erfolg, als er wenigstens mit seinem Organ den Saal füllte, und da er sofort Herr v. Seydewitz die Entfaltung der chauvinistischen Fahne vornahm, so gab es auch bald lärmenden Widerspruch und Beifall. Während seiner ersten Rede erwiderte der Reichskanzler mit den Staatssekretären. Herr Wiemer wandte sich nach der Vermittlung „Jurist“ an den Sprecher der fortschrittlichen Unabhängigkeit, halb gegen die äußerste Linke, und dem entsprechend antwortete ihm die äußerste Linke und Beifallsgeräusch.

Am eingetragenen gestaltete sich der Verlauf der Sitzung wie folgt:

202. Sitzung, Freitag, 10. November.
Am 10. Uhr des Bundesrats: v. Bethmann Hollweg, v. A. v. der Wälder, Goll, die anderen Reichstags- und Reichsämter und die Bundesbeamten.

Die Maroffa- und Songo-Abkommen.
Sprecher Lang der Vorträge.

Herr Dr. Wiemer (Vl.): Die gestrige Verhandlung kann als ein Triumph der Maroffa- und Songo-Abkommen angesehen werden. Wir tun das, getreu dem Wort eines Fortschrittsmannes, daß unter Herz immer da heißt, wo unsere Fahnen wehen. Aber unser Sinn ist mit dem Reichskanzler einverstanden, daß über die Chauvinisten, mit Sabelschneide dem deutschen Interesse nicht gedient ist. Eine solche Sprache ist im Reichstag nicht am Plage. Wenn wir mehr Gehör in der auswärtigen Politik verlangen, dann müssen die Verhandlungen mit enger Ruhe und Klarheit und Sachlichkeit geführt werden. Auch die Nähe der Wahlen kann in dem Reichstage eine chauvinistische Sprache und Zirkulation gegen andere Mächte, wie es gestern zu meinen Bedauern Herr v. Seydewitz am Schluß seiner Rede getan hat, nicht entzündlich. (Große Unruhe.) Die konventionelle Partei hat kein Monopol auf das Diktatorwort: Nichts ist die Nation, die nichts ihr alles legt an ihre Ehre. Das ist Gemeingut des ganzen Volkes. (Sehr richtig! Inst.)

Herr Seydewitz hat geantwortet, daß seine Freunde bereit seien, mit Gut und Blut für das Vaterland einzutreten und auch Opfer zu bringen. Diese Versicherung will ich nicht in Frage stellen. Aber warum in ähnliche Erklärung nicht vor zwei Jahren bei der Reichskanzlerrede abgegeben worden? (Sehr gut! Inst.) Ich weiß nicht, ob Herr v. Seydewitz darauf hat bedenken wollen, daß die Konventionen bei der jetzigen Regierung für die Geschäfte in Frage eintreten wollen. (Sehr gut! Inst.) Ich habe nichts anderes erwartet. Ich richte weiter an Sie die Frage, werden Sie denn in Zukunft für eine Reichsbewertung eintreten? (Inst. richtig: Reichsbewertung.) Wenn die konventionelle Partei bezüglich des Oberbefehls eine ähnliche Erklärung vor zwei Jahren eingenommen hätte, würde manches anders gekommen, und dem deutschen Volk wäre das Unheil erspart worden, das jetzt über das ganze Land gekommen ist.

Es ist Pflicht, auch an dem Gebiet der auswärtigen Politik, an der Haltung der Regierung eine solche Kritik zu üben, wenn Anlaß zur Kritik gegeben ist und die Zeit dazu gekommen ist. Während der Verhandlungen wegen Maroffa haben meine politischen Freunde zu vorkühler Kritik geübt.

Herr Reichskanzler hat geantwortet, daß die auswärtige Politik der Regierung zu unterstützen, vorausgesetzt, daß wir sie für richtig halten. Diese Pflicht werden wir auch jetzt erfüllen.

Der Maroffa- und Songo-Abkommen hat manche unverständliche Erklärungen gegeben. Der Hauptfehler sehen wir in der Entsendung des „Panther“ nach Agadir. Herr Baasche meint, sie haben einen Jubel der Zustimmung um Volk hervorgerufen. Bei einem großen Teil meiner Freunde war die Zustimmung nicht wohl (Zustimmung und Ja.)

Der Reichskanzler hat sich geäußert mit vollem Recht abspredien über die bekannte Verschärfung der Abneigung geäußert, aber trägt das Auswärtige Amt nicht auch einen Teil der Schuld? Es heißt, daß aus 3. Punkt hier eine Verschärfung von abdrücken hervorgeht, und die Verschärfung ist in der Erklärung mit dem Auswärtigen Amt festgehalten habe. Ein Witz soll ja jedoch; hoffentlich ergibt er, daß das Auswärtige Amt nichts damit zu tun hatte. Die offizielle Presse hat sich nicht auf der Höhe gezeigt. Ich begreife nicht, daß die Geschäftlichkeit des Reichsbüros zu ergeben sein wird; ich bemerke, daß das Maroffa- und das Auswärtige Amt auf die besondere Pressebeurteilung verzichten, selbst wenn Herr Seydewitz zu in Reichsbewertung eintreten in erkannt werden sollte. (Schluchzen.)

Auch die Sozialdemokraten haben keine laudable Haltung gezeigt; während der Verhandlungen mit Wien freizit und ähnlichen Dingen drohen, dadurch wird die Position des Auswärtigen Amtes gewiss nicht gestärkt, es ist nur zu vermerken, daß trotz dieses Verhaltens und dieser Maßnahmen der Frieden erhalten worden ist.

Der Reichskanzler hat vollständig recht, man kann nicht alles bekommen, was man gern haben möchte, und wir haben uns deshalb von Anfang an auf den Boden der Abneigung gegen Wien zu haben unter der Voraussetzung der Unabhängigkeit des Südens und